

## - ☐☐ **Europaweite Proteste**

Am Sonntag haben tausende Menschen im Rahmen der Demokratiebewegung "Echte Demokratie – jetzt!" europaweit demonstriert. In vielen Städten in Spanien, Portugal, Frankreich, Großbritannien und Deutschland kam es zu Kundgebungen. Die Proteste richten sich insbesondere gegen Arbeits- und Perspektivlosigkeit und die Korrumpierung der Parteien und Regierungen durch Wirtschaft und Lobbyisten. Auch in Griechenland protestieren die Menschen weiterhin gegen den repressiven Sparkurs der Regierung und die internationale Finanzpolitik. Westliche Nachrichtenagenturen und Massenmedien schweigen die Proteste nahezu vollständig tot.

## - ☐☐ **Fauler Kompromiss – halbherziger**

## Atomausstieg bis 2022

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) sieht in dem Kompromiss der Regierungsparteien für einen Atomausstieg bis 2022 keine akzeptable Antwort auf die Reaktorkatastrophe von Fukushima. Die Atomenergie sei ein tägliches, unverantwortbares Risiko für die Bevölkerung und könne viel schneller durch umweltfreundliche und sichere Alternativen ersetzt werden. Der schwarz-gelbe Atomkompromiss ignoriere zudem die Aussage der Ethik-Kommission, ein endgültiger Atomausstieg sei auch weit vor 2022 machbar.

Merkel setze auf eine Verschleppung des Atomausstiegs bis 2022. Immer noch geb es

Hintertüren, die ein Rollback beim Atomausstieg ermöglichen, so BUND-Vorsitzender Hubert Weiger. Alle deutschen Atomkraftwerke hätten gravierende Sicherheitsprobleme. Daraus ergebe sich die Notwendigkeit, alle Reaktoren ohne Wenn und Aber und ohne Verzögerungen vom Netz zu nehmen. Es werde weder Stromausfälle noch Importe von Atomstrom geben Weiger forderte eindeutige und verbindliche Abschaltzeiten für jeden Atommeiler.

-  **Demonstrationen für Atomausstieg**

Erstmals in der Geschichte der Anti-Atombewegung demonstrierten heute unter dem Motto "Atomkraft – Schluss!" gleichzeitig in über 20 Städten insgesamt 160.000 Menschen für ein schnelles Ende der Atomkraft. In der Hauptstadt zogen 25.000 Atomkraftgegner vor die CDU-Zentrale und forderten Bundeskanzlerin Angela Merkel auf, ohne jede Verzögerung das Ende der Atomenergienutzung in Deutschland durchzusetzen.

Der bundesweite Protest sei ein deutliches Zeichen dafür, dass der Großteil der Bevölkerung die Atomenergie strikt ablehne und eine schnelle Energiewende fordere,

erklärten die Veranstalter. Merkel gehe es scheinbar nicht mehr um die angekündigte Neubewertung des atomaren Risikos nach Fukushima und einen schnellstmöglichen Atomausstieg, sondern um Frieden in der Koalition. Eine Verzögerung des dringend und schnellstmöglich erforderlichen Atomausstiegs werde nicht hingenommen, erklärten die Veranstalter.

## - **Hartz IV-Partei Grüne blockieren Normenkontrollklage**

Die Grünen kneifen beim Normenkontrollverfahren gegen die Hartz IV-Reform. Dies schreibt Katja Kipping, stellvertretende Vorsitzende der Partei Die Linke. Vertreter der Grünen seien von ihr mehrmals mündlich angesprochen und darum gebeten worden, innerhalb ihrer Partei bzw. Fraktion für eine Normenkontrollklage zu

werben.

Schließlich würde einen Normenkontrollklage der Abgeordneten den langen Weg durch die Instanzen für die Betroffenen ersparen. Allerdings kann eine Normenkontrollklage der Bundestagsabgeordneten nur eingereicht werden, wenn 25 Prozent aller Abgeordneten diese einreichen. Die Linksfraktion alleine kommt leider nicht auf 25 Prozent aller Abgeordneten.

Auch Gregor Gysi,  
Fraktionsvorsitzender der Linken im  
Bundestag, habe zwei Mal per Brief  
die Fraktionsvorsitzenden der  
Grünen angeschrieben und eine  
gemeinsame Normenkontrollklage  
angeregt - einmal vor dem  
Vermittlungsverfahren und einmal  
nach dem Ausstieg der Grünen aus  
dem Vermittlungsverfahren. Auf  
beide Briefe habe er von den  
Fraktionsvorsitzenden eine  
schriftliche Absage erhalten.

Das erste Mal mit Verweis darauf, dass es noch zu früh dafür wäre. Beim zweiten Mal mit dem Argument, dass nun eine Verfassungsklage der Betroffenen der bessere Weg ist. Im Klartext heiÙe dies also, dass die Grünen zwar den Eindruck erweckt haben, dass sie den Hartz IV-Kompromiss von CDU/CSU, FDP und SPD nicht mittragen würden. Bei der Normenkontrollklage jedoch kneifen sie und laden damit die Klärung der Verfassungsmäßigkeit den Betroffenen auf, so Kipping weiter.

-  **Medien und  
Polizeigewerkschaft  
legitimieren die Tötung  
einer Hartz IV-Empfängerin**

Die Media-Watch

Organisation "der braune mob e.V." zeigte sich bestürzt über den Vorfall im Jobcenter Frankfurt am Main, die Erschießung einer Schwarzen Deutschen durch Polizeibeamte, die zynische empathiefreie Reaktion des Sprechers der Polizeigewerkschaft sowie tendenziöse Medienberichterstattung. [...]

Gepaart mit offensichtlich  
vollkommen fehlender  
Empathie gegenüber dem  
Opfer seitens dem  
Polizeigewerkschaftssprecher  
und vieler Medien, selbst  
nach ihrem Tod, bildet sich  
deutlich ab, dass eine  
Auseinandersetzung darüber,  
wie weiße und Schwarze  
Menschen in Deutschland auf  
*unterschiedliche Weise* Opfer  
von Polizeigewalt werden  
-was sowohl die

Unverhältnismäßigkeit der  
Gewaltmittel betrifft als auch  
die Häufigkeit eines  
Rückgriffes auf dieselben-  
überfällig ist. [...]

Der gesamte Bericht auf [gegen-hartz.de](http://gegen-hartz.de): Hartz IV:  
Erschießung anscheinend  
unproblematisch

# Der braune Mob e.v.: Der Name der in Frankfurt getöteten Frau ist nun bekannt

-  **Studie des  
Bundeskartellamts**

# **gesteht indirekt Oligopol der Mineralölkonzerne ein**

[...] Dem Bundeskartellamt  
ist dabei u.a. entgangen,  
daß das Kartell der  
Mineralölkonzerne den  
Markt nicht über die

Tankstellen zu 70 Prozent,  
sondern über ihre 14 Raffi  
nerien  
zu 100 Prozent beherrscht.  
[...]

Die Forderung der FDP,  
den Raffineriebetreibern  
die Tankstellen  
wegzunehmen, zeugt

ebenso von Unkenntnis  
des Marktes wie von  
Panik im  
Überlebenskampf der  
Partei, die von Wahl zu  
Wahl in der  
Bedeutungslosigkeit  
versinkt und aus den  
Parlamenten fliegt. Die  
Panik muß enorm sein,  
wenn die FDP ihre  
bisherige marktradikale

# Politik infrage stellt.

[...]

Der ganze Artikel auf [Bürgerstimme](#) -  
[Benzinpreis:](#)  
[Offenbarungseid für](#)  
[Regierung und](#)

# Bundeskartellamt

- □ □

# Demokratiebewegung in Spanien und Europa

## "Democracia Real Ya" - "Echte

# Demokratie - jetzt!"

Die Jugendlichen  
Europas sind  
wütend, sie gehen  
auf die Straße. In  
Spanien, in

Griechenland, in  
Italien und in  
Frankreich. [...] Ein  
Großteil von  
Spaniens Jugend  
ist empört. [...] Das  
Zweiparteiensystem  
Spaniens steht  
sinnbildlich für den

gesellschaftlichen  
Stillstand – ein  
Schritt nach links,  
ein Schritt nach  
rechts, kein Schritt  
nach vorne.  
Korruption ist nur  
ein weiteres  
Problem von vielen,

die dieses Land  
lähmen.

Jugend- und  
Globalisierungsfors  
cher Dirk Villányi  
sagt, dass es den

„saturierten Alten“,  
also den  
übersättigten  
Wohlstandsbürgern  
, scheinbar  
gleichgültig sei,  
was nach ihnen  
kommt. Der Protest  
in Spanien ist also

womöglich nur ein  
Anfang. „Wenn die  
Gesellschaften  
Europas nicht  
deutlich mehr in  
ihre Jugend  
investieren, dann  
werden wir die  
Folgen in nächster

Zeit noch deutlicher  
zu spüren  
bekommen“, sagt  
der Forscher, der  
sich schon beim  
G-8-Gipfel 2007 in  
Heiligendamm mit  
neuen  
Protestbewegungen

n beschäftigte. [...]

Der ganze Artikel  
auf [Hannoversche](#)  
[Allgemeine: Die](#)

# europäische Revolution beginnt mit der Jugend

# - □ □ Diktatur durch die Hintertür

[...] Doch nicht nur

in Sachsen  
herrscht die  
totalitarismustheor  
etische  
Perspektive. Sie  
wird auch im  
Landesversammlu  
ngsgesetz von

Sachsen-Anhalt  
festgeschrieben.  
Diese ermächtigt  
die Behörden,  
Versammlungen  
aufzulösen oder  
zu verbieten, die  
eine erhebliche

Verletzung der  
ethischen oder  
sozialen  
Grundanschauun  
g darstellen  
könnten. Erst die  
Zukunft wird  
zeigen, was damit

gemeint ist.  
Rechtssicherheit  
bietet diese  
Formulierung  
ganz sicher nicht.  
[...]

# Der ganze Artikel auf der Freitag: Alles Extremisten

# Kommentar:

Autoritäre bis  
totalitäre  
Auswüchse von  
Staaten bzw. der  
politischen  
Verwaltungsstruktur  
von Staaten,

die sich moralisch  
legitimieren, also  
im Namen und  
Gewand des  
Guten, der  
Freiheit, des  
Allgemeinwohls  
stattfinden, sind

eines der  
untrüglichen  
Zeichen und  
letztlich auch das  
fundamentale  
Charakteristikum  
schlechthin für  
eine faschistische

# Staats- und Gesellschaftsordn ung.

Eine  
Herrschaftsordnu  
ng also, deren

Herrschaft mit der  
moralischen  
Überlegenheit,  
und damit auch  
mit der  
ideologisch  
begründeten  
Notwendigkeit von

Herrschaft durch  
Obrigkeit und  
Eliten legitimiert  
wird. Der  
Liberalismus ist  
die gegenwärtig  
weltweit  
dominierende

weltanschauliche  
Moraldoktrin, die  
jene  
Herrschaftslegitim  
ation im Namen  
und im Gewand  
der Freiheit  
vollzieht.

- □ □

# **Bundestags-Petition: Vollständige Veröffentlichung der Nebenverdienste von**

# Abgeordneten

Text der Petition:  
Der Deutsche

Bundestag möge  
beschließen,  
dass ab der  
nächsten  
Legislaturperiode  
Abgeordnete ihre  
Nebeneinkünfte  
ab dem ersten

Euro zur  
Veröffentlichung  
beim  
Bundestagspräsi  
denten anzeigen  
müssen.

# - Zur Petition

- □ □

**Bundestags-Pe  
tition:  
Restriktiverer  
Einsatz von  
Pfefferspray  
oder ähnlichen**

# Einsatzmitteln

Text der  
Petition: Der  
Deutsche

Bundestag  
möge  
beschließen,  
den Einsatz von  
Pfefferspray  
(bzw.  
Reizmitteln mit

dem Wirkstoff  
Capsaicin und  
PAVA) seitens  
der  
Bundespolizei  
gegen  
Versammlungen

;  
Menschenmeng  
en und  
Einzelpersonen  
mit Ausnahme  
der Notwehr zu  
verbieten.

Außerdem  
möge der  
Deutsche  
Bundestag  
prüfen,  
inwieweit er  
mittels eines

Bundesgesetze  
s sowie im  
Rahmen der  
Innenministerko  
nferenz darauf  
hinwirken kann,  
dass diese

Einschränkung  
Eingang in die  
Gesetze für die  
Polizeien der  
Länder findet.

Begründung:  
Immer häufiger  
setzen  
Polizisten vor  
allem bei  
Demonstratione  
n wahllos, ohne

Not und ohne  
Vorwarnung  
Pfefferspray  
ein: so in  
Stuttgart im  
Herbst 2010  
(mit 320

Verletzten  
durch  
Pfefferspray),  
bei dem  
Castortransport  
im Wendland  
im November

(mit mehreren  
Hundert  
Verletzten  
durch  
Pfefferspray), in  
Göttingen am  
22. Januar

2011 (ca. 30  
Verletzte durch  
Pfefferspray)  
und in Dresden  
im Februar  
2011.

[...]

Bei einem  
Einsatz in  
Menschenanscha

mmlungen lässt  
sich nicht  
ausschließen,  
dass  
Unbeteiligte  
getroffen  
werden.

Genauso wenig  
lässt sich  
ausschließen,  
dass Menschen  
aufgrund ihres  
gesundheitliche  
n Zustandes

durch  
Pfefferspray  
schwer verletzt  
oder gar getötet  
werden.  
Polizeiliches  
Handeln muss

sich am Gebot  
der  
Verhältnismäßi-  
gkeit  
orientieren. Von  
Verhältnismäßi-  
gkeit der Mittel

kann keine  
Rede mehr  
sein, wenn z.B.  
eine  
Sitzblockade  
mittels Einsatz  
eines potentiell

tödlichen  
Reizmittels  
aufgelöst wird.  
[...]

# - Zur Petition

{jcomments on}